



Presseerklärung

Unternehmensverbände kritisieren Forderungen nach einer Aufstockung des Kurzarbeitergeldes

Zur Einführung von Kurzarbeit in den Unternehmen bedarf es einer Betriebsvereinbarung, soweit ein Betriebsrat gewählt ist. Einige Betriebsräte fordern für ihre notwendige Zustimmung hierzu vom Arbeitgeber, das Kurzarbeitergeld auf bis zu 90 % des letzten Nettoentgelts aufzustocken.

„Das Ziel der Kurzarbeit, betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden, wird durch solche Forderungen massiv gefährdet“, so Ernst-Peter Brasse, Geschäftsführer der Unternehmensverbände für Dortmund und Umgebung. Da niemand wisse, wie lange unsere Wirtschaft die Folgen der Pandemie noch zu tragen habe, seien Forderungen nach einer Aufstockung des Kurzarbeitergeldes fahrlässig und kontraproduktiv. Aus seiner Sicht grenze es an Sarkasmus, in der schwierigen Lage, in der sich die Unternehmen befänden, 90 % des letzten Nettoentgelts zu fordern, um einer Maßnahme zur Krisenbewältigung und zur Sicherung der Arbeitsplätze zuzustimmen.

Die von der Bundesregierung erweiterten Regelungen zur Kurzarbeit und die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge seien kein Geschenk an die Unternehmen. Es gehe um die Rettung von Arbeitsplätzen und Unternehmen und nicht um die Verteilung staatlicher Wohltaten. „Viele Unternehmen werden in den Überlebenskampf eintreten und gegen die Zahlungsunfähigkeit kämpfen müssen. Es gilt jetzt, die Liquidität der Unternehmen zu sichern und Massenarbeitslosigkeit zu vermeiden“, so Brasse. Dies sei das einzige Ziel dieser Maßnahmen.

Den Ernst der Lage hätten z. B. die Tarifvertragsparteien der Metall- und Elektroindustrie durch ihren geräuschlosen Tarifabschluss unterstrichen. Durch die Vereinbarung eines Solidartarifvertrages sei ein deutliches Zeichen gesetzt worden, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer diese Krise nur gemeinsam meistern werden. Insoweit hält jedes Unternehmen der M+E Industrie einen Finanzierungsbetrag zur Milderung sozialer Härten vor, die durch Kurzarbeit entstehen können.

„Wer diese Lage auf betrieblicher Ebene für Verteilungskämpfe nutzt, hat die Auswirkungen der Pandemie auf die Wirtschaft, das eigene Unternehmen und den eigenen Arbeitsplatz nicht verstanden. Alle müssen jetzt ihrer Verantwortung gerecht werden, Unternehmen und Arbeitnehmer gleichermaßen“, so Brasse abschließend.

Dortmund, 02.04.2020

Ernst-Peter Brasse
Geschäftsführer